

18.01.2014

# Unterstützung aus einer Hand

Der neue integrierte Dienst soll stärker als die bisherigen Einrichtungen in den Schulen präsent sein. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft soll am Montag grünes Licht für die Einrichtung geben. Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Von Christian Schmitz

Am Montag dürften im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) wieder Begriffe wie „historisch“ und „Meilenstein“ gebraucht werden. Die Abgeordneten befassen sich mit der Gründung eines netzübergreifenden Dienstes für Kinder und Jugendliche. Die benötigte Zweidrittel-Mehrheit, um das neue Zentrum auf Schienen zu setzen, gilt als sicher.

Schon im Jahr 2000 hatte sich das Parlament in einer Resolution einstimmig für die Zusammenlegung der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren (PMS) stark gemacht. Nun ist es endlich so weit: Nach jahrelanger Planung und zahlreichen Konzertierungen wurde im Juni des vergangenen Jahres eine Absichtserklärung von den verschiedenen Partnern unterzeichnet.

Bis es so weit war, mussten allerdings eine Menge Hürden aus dem Weg geräumt werden, erläutert Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG): „Man braucht das Einverständnis aller betroffenen Träger. Man benötigt die Zustimmung der Gewerkschaften für ein neues Personalstatut. Und dann muss man ein Dekret ausarbeiten, um eine Organisationsstruktur hinzubekommen. Das Ganze ist viel komplexer als die Gründung der Autonomen Hochschule im Jahr 2005.“ Die AHS dient als Vorbild für das neue Zentrum, das die Rechtsform einer paragemeinschaftlichen Einrichtung hat und sich ebenfalls der „artikulierten Pluralität“ verschreibt. Wie vor neun Jahren bei der Gründung der Hochschule muss das Parlament ein sogenanntes Sondergesetz mit einer Zweidrittel-Mehrheit verabschieden, weil die Gemeinschaft als Schulträger (Träger des PMS-Zentrums) Befugnisse an eine autonome Einrichtung (nämlich das neue Zentrum) abtritt.

Das neue Zentrum wird - sollte das Parlament tatsächlich zustimmen - am 1. September 2014 seine Tätigkeit aufnehmen. Und auch wenn in der Öffentlichkeit vielfach von „Fusion der PMS-Zentren“ die Rede ist, sind noch weitere Partner mit im Boot: der Dienst für Kind und Familie (DKF), die Gesundheitszentren und die Schulzahnpflege sowie Ressourcen im DG-Ministerium im Bereich der Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Darüber hinaus wird das neue Zentrum die bislang von einer Arbeitsgruppe wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der Aids-Prävention übernehmen. So entsteht ein integrierter Dienst, der ein umfassendes und kohärentes Angebot „aus einer Hand“ für Kinder und Jugendliche zwischen 0 und 20 Jahren (wenn die schulische Ausbildung endet) bieten soll. „Eigentlich müsste man sagen, von minus neun Monaten bis 20 Jahre, denn die Unterstützung fängt bereits in der Schwangerschaft an“, sagt Doris Falkenberg, Leiterin des Dienstes für Kind und Familie (DKF).

Bei etwa 750 Geburten jährlich betreut der DKF heute Familien mit Kindern bis drei Jahre. „War ihr Kind älter als drei Jahre, mussten sich die Eltern bislang an eine andere Einrichtung wenden. Jetzt hört die Unterstützung aber nicht mehr an dieser Schnittstelle auf, sondern wird

in dem neuen Dienst fortgesetzt“, erläutert die Leiterin, für die das Wort „Zusammenlegung“ auch zu kurz gegriffen ist: „Das hieße ja, jeder Partner besteht für sich in der bisherigen Struktur weiter. Jetzt aber wird ein völlig neues Zentrum mit völlig neuen Herausforderungen gegründet.“

Die Gefahr von Betreuungsbrüchen an den typischen Schnittstellen soll künftig vermieden werden, sagt auch Siegfried Klöcker, Direktor des PMS-Zentrums der Provinz, dem GrenzEcho. „Vieles wird in der neuen Struktur effizienter werden. Das ist für alle beteiligten Partner ein großer Gewinn.“ Die Leitung des neuen Zentrums wird von einem Direktor, der über eine öffentliche Ausschreibung gesucht wird, und von einer Reihe von Koordinatoren übernommen.

In Eupen wird eine zentrale Koordinierungsstelle angesiedelt. Darüber hinaus wird es vier lokale Knotenpunkte geben: in Eupen (für die Gemeinden Eupen und Raeren), in Kelmis (für Kelmis und Lontzen), in St.Vith (für Burg-Reuland, St.Vith und Amel) und in der Nordeifel (für Büllingen und Bütgenbach). „Diese Knotenpunkte stellen das Herzstück des neuen Dienstes dar. Egal, wie alt mein Kind ist, finde ich dort einen Ansprechpartner“, so Doris Falkenberg vom DKF. Wenn alle Kräfte gebündelt würden, bliebe am Ende auch Freiraum, um sich mit neuen Fragen beschäftigen zu können, für die es heute in der alten Struktur noch keine Zeit gibt. Vereinfacht wird auch die Kommunikation, weil nun keine Zeit mehr verloren geht bei komplexen Terminabsprachen und langen Fahrten. Die Zusammenlegung erfordere zusätzliche Energien von allen beteiligten Mitarbeitern, denkt Gaby Radermacher, Leiterin des Freien PMS-Zentrums. „Dass es dafür eine große Unterstützung durch die politische Ebene gibt, ist sehr wichtig für uns und ein Stück weit auch eine Anerkennung dafür.“ Sie ist ebenfalls Sprecherin der Steuerungsgruppe, in der die beteiligten Dienste und weitere Berater vertreten sind. Vorgesehen ist auch, dass der neue Dienst stärker als bisher die einzelnen Einrichtungen in den Schulen präsent sein wird.

Bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung letztes Jahr hatte Toni Weber, Direktor des PMS-Zentrums der DG, von einer „Rückbesinnung auf die Präventionsarbeit“ gesprochen, was gleichzeitig die große Herausforderung darstelle.

---

18.01.2014

HINTERGRUND

## **Integrierter Dienst arbeitet nach dem „Hausarztprinzip“ - Unterstützung für Lehrpersonal**

Der neue Dienst soll auch Unterstützung für Lehrer bieten. Foto: dpa

Im Rahmen der Gründung des neuen Dienstes spricht die Regierung von einem „Quantensprung“ für die Deutschsprachige Gemeinschaft. „Der kommende Montag, wenn das betroffene Sonderdekret im Parlament verabschiedet werden soll, wird ein wichtiger Tag für die DG“, sagt Bildungsminister Oliver Paasch (ProDG).

Er und seine Regierungskollegen betonen, man wolle mit der Schaffung des neuen Zentrums keine Sparmaßnahmen durchführen. Im Gegenteil: In Zukunft würden sogar zusätzliche Stellen geschaffen.

Dem Verwaltungsrat des integrierten Dienstes werden je zwei Vertreter der DG-Regierung und der Gemeinden sowie je ein Vertreter der Provinz Lüttich, der VoG Freies PMS-Zentrum, des Gemeinschaftsunterrichtswesens, des offiziell subventionierten Unterrichtswesens, des freien Unterrichtswesens, des Instituts für Aus- und Weiterbildung (IAWM) und der Bereiche Familie, Gesundheit, Soziales und Jugend angehören.

Das neue Zentrum wird nicht nur die Aufgaben der bisher getrennt agierenden Dienste übernehmen, sondern darüber hinaus auch neue Funktionen erfüllen. Auch das Schulpersonal soll unterstützt werden - in Themen wie Stress oder Burnout beispielsweise.

Der neue Dienst versteht sich als eine präventive und keine therapeutische Einrichtung, wie etwa KITZ, SPZ oder auch freiberufliche Fachkräfte. Es ist ein Dienst der ersten Linie, der für Planung, Koordinierung, Durchführung und Evaluation präventiver Maßnahmen zur gesunden Entwicklungsförderung von Kindern und jungen Menschen Sorge trägt.

Der neue Dienst arbeitet nach dem „Hausarztprinzip“: Er ist erste öffentliche Anlaufstelle für alle Fragen in Bezug auf die gesunde Entwicklung von Kindern und jungen Menschen als Ansprechpartner und Berater, führt notwendige präventive Interventionen selbst durch oder leitet den „Klienten“ an andere Einrichtungen und Experten weiter.

Er sollte als „Eingangstor“ für Angebote anderer Einrichtungen im psychosozialen und gesundheitlichen Bereich dienen, damit die Qualität und Sinnhaftigkeit dieser Angebote sichergestellt werden kann. (sc)